



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1906**

445 (25.9.1906) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-422850](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-422850)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim and Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6. 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6. 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Würzburgerstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.
Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 18. Telefon: Nr. 1907.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.
Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlags-
Buchhandlung 818

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Eringelohn 25 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
ausschlag N. 2.48 pro Quartal.
Einzel-Kummer 5 Pfg.

Inserate:
Die Colonel-Zeile . . . 20 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 25 „
Die Reklame-Zeile . . . 60 „

Nr. 445.

Dienstag, 25. September 1906.

(2. Mittagsblatt.)

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Abd. Nachdr. verb.) S. a. H. Mannheim, 24. Sept.
Nachmittags-Sitzung des ersten Tages.

In Beginn der Nachmittags-Sitzung, welcher die Fortsetzung des Massenberichts brachte, lag folgender, vom Abg. Singer unterzeichnete Antrag in Sachen des Stuttgarter internationalen Sozialistenkongresses vor: „Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, den im Jahre 1907 zum ersten Mal in Deutschland stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zur Befestigung ihrer Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu beschließen. Um eine Ueberfüllung des Kongresses deutscherseits zu vermeiden, beschließt der Parteitag, die Höchstzahl der deutschen Delegierten auf 150 Personen festzusetzen. Überlässt dem Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission die Verteilung der Mandatszahl auf die Landes- bzw. Provinzialorganisationen und erläßt die Generalkommission der Gewerkschaften dafür zu wirken, daß die Gewerkschaften auch keine höhere Anzahl Delegierte nach Stuttgart entsenden.“
Ferner war von dem Gewerkschaftsführer von Elm-Hamburg und 27 Genossen unterzeichnet, folgende

Resolution gegen die Anarcho-sozialisten

eingelaufen: „Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sich immer behaupten in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben, weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterbewegung die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände ferngehalten in der geschäftigen Weise bekämpfen, weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Aenderung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben, und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mußten — in der „Einigkeit“ veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben, erklärt der Mannheimer Parteitag: daß diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Presseorganen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist der redaktionelle Teil der Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Von den Genossen in Pommern, Schleswig-Holstein, Solingen und in Arnstadt wird beantragt, auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages „Die Alkoholfrage“ zu setzen. Die Landesorganisation für Hessen-Kassau wünscht, daß dort auch „Die Landarbeiterfrage“ und „Das Wahlrecht der Einzelstaaten“ behandelt werde. Diefelbe Organisation wünscht, daß der Parteivorstand beantragt werde, eine Flugchrift herauszugeben, in der die Tätigkeit des Reichstags während der letzten Session kritisch besprochen wird. Schließlich ist vom Pommerschen Parteitag folgender Antrag eingegangen: In Erwägung, daß

die Wahlrechtsdiskussion vom 21. Januar und 18. März

nur einen vollen Wert gehabt hätte, wenn sie in dem unerschütterlichen Entschluß, auch schärfere Mittel als Volksversammlungen und Flugblatt-Verbreitungen zur Anwendung zu bringen, unternommen worden wäre, fordert der Pommersche Parteitag den Parteivorstand auf, in Zukunft mit größerer Energie den politischen Massenstreik zu propagieren und zwar im Sinne einer Bewirkung desselben zur Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in den deutschen Bundesstaaten. Der Pommersche Parteitag erwartet vom Parteivorstand, daß er schon der nächsten Wahlrechtsdemonstration einen Charakter gibt, der geeignet ist, die Massen auf die Bewirkung des politischen Massenstreiks vorzubereiten. Mit aller Entschiedenheit spricht sich der Parteitag insbesondere gegen das Bestreben aus, den politischen Massenstreik als ein Kampfmittel hinzustellen, das erst in ferner Zukunft in Frage kommen kann.

Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung lies dann noch eine Resolution Bebels zum Massenstreik

ein, die besagt: „1. Der Parteitag beschließt die Beschlüsse des Jenaer Parteitages den politischen Massenstreik betreffend. Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern. Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.“

2. Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendige Organisationen für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Diefelben stehen an

Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der Klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also öfters in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verhinderung und Zusammenwirken angewiesen. Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen. Die Einladung zu einer solchen Beratung hat diejenige Zentralleitung ergeben zu lassen, von der die Anregung zu der Beratung ausgeht.“

Nach der Verlesung einiger Glückwunschtelegramme fuhr Genosse Gerisch in seinem Massenbericht fort. Von jeder sei es der Wunsch vieler Genossen gewesen, einen Ueberblick über die Stärke der Parteiorganisation zu erhalten. Jahrzehntlang bestand nur ein loser Verband, der sich aber größter Anerkennung erfreute, da wir ja auch mit ihm dem Sozialistengesetz getrotzt haben. Als eine neue Organisation eingeführt werden sollte, plagten die Geister aufeinander, denn viele wollten das lockere, lose System erhalten. Die Berliner Genossen z. B. haben noch jetzt ein System, das nicht gut ist. Sie werden sonst so oft gelobt, da Schabel es nicht, wenn man sie einmal tabelt. Sie werden sonst zu übermütig. (Heiterkeit.) Nun gibt es freilich Hunderttausende von Proletariats, die mit jeder Faser zu uns gehören, aber unter den schwächeren Verhältnissen sind uns nicht als eingeschriebene Mitglieder anzuschließen. Denn zwischen Polizei und Unternehmertum bestehen enge Verbindungen. Oft sind der Polizei eingereichte Vereinsmitgliederlisten nach 24 Stunden in den Händen der Unternehmer. (Hört! Hört!) In Deutschland gibt es noch 33 Wahlkreise, in denen unsere Organisation gewissermaßen auf dem Nullpunkt steht. Drei Kreise haben gar keine sozialistischen Stimmen gehabt. In 38 Wahlkreisen sind wohl Vereine vorhanden, aber keine Kreisorganisationen. Zur Kreisorganisation im Sinne unseres Statuts gehören im Reich 278 Wahlkreise. Die Schätzung ist schwierig, weil die bayerischen Genossen noch in der Umwandlung begriffen sind, doch kann man annehmen, daß sie von ihren 48 Kreisen 30 mit Kreisorganisationen versehen werden. Das Verhältnis der Zahl der bei den Reichstagswahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zur Zahl der organisierten Genossen ist ein sehr mannigfaltiges. An erster Stelle steht das Großherzogtum Hessen, wo sich dieses Verhältnis auf 20,9 Prozent beläuft. In ganz Deutschland gibt es

384 327 Genossen.
die organisiert sind. Das sind 12,76 Prozent der Zahl der bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen. Das Bild, das uns die Entwicklung der Organisation gibt, ist nicht ganz befriedigend. Die ermittelten Zahlen geben aber den Genossen einen Fingerzeig, wo sie mit aller Kraft einzusetzen haben. Erfreulich ist die Entwicklung der Parteipresse.

Jetzt ist kein einziges Blatt mehr vorhanden, das Verluste zu bezichtigen hat. Die Zahl der Abonnenten ist im vergangenen Jahre um 158 000 gestiegen, so daß jetzt 837 790 Abonnenten der Parteipresse vorhanden sind. Die Parteipresse hat im letzten Jahre eine Mehreinnahme von 1 Million 16 536 Mark erzielt. Wir haben noch ein Jahr der Ruhe. Dann wird unsere Partei wieder

im Feuer exerzieren müssen, in einen Wohlkampf eintreten müssen, wie er noch nicht da war.

Bis zum nächsten Jahre müssen wir 1 Million Abonnenten und 1/2 Million organisierter Kämpfer haben. Dann können wir ruhiggemut in den Kampf gehen. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet Genosse Kaden. Er hebt hervor, daß der Kontrollkommission durch das neue Organisationsinstitut erhebliche Mehrarbeit erwachsen ist. Der Referent berichtet dann über zahlreiche Reklusen, die bei der Kommission eingelaufen sind und Erledigung gefunden haben. Es wird, erklärte der Redner, meist immer etwas behauptet, was dann gar nicht wahr ist, was Klatsch und Tratsch ist. Das gilt von Jänzerern in St. Johann. Auch die Forster Genossen hatten Streitigkeiten. Der Referent geht eingehend auf den bekannten Streit zwischen den Forster Genossen Berner und Marlewald ein. Die Kommission behält die Schiedsgerichtsentscheidung und wäscht die schmutzige Parteiwäsche des letzten Jahres noch einmal durch. Auch die Streitigkeiten zwischen Rühlhanser (Ehaff) Genossen werden wieder, wie schon auf mehreren Parteitagen, des langen und breiten erörtert. Meist wollen einige Genossen gute Geschäfte mit der Partei machen, wogegen von anderen Einspruch erhoben wird. Auch der Berliner Pressekommisioner wurde man allerlei am Henge. Es handelt sich dabei um die Neugründung des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Stuttgart, einer Konkurrenz des

Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der „Vorwärts“ weigerte sich Ankündigungen des neuen Verbandes anzunehmen. Der Vorstand erklärte dazu, daß er sich in gewerkschaftliche Streitigkeiten nicht mische, daß er aber Absplitterungsversuche in der modernen Arbeiterbewegung entschieden zurückweise. Der Referent gebt zum Schluß des verstorbenen Genossen Reichstagsabg. Heinrich Meißner, eines Genossen von der alten Garde. Die Versammlung erhebt sich zu seinem Gedächtnis von den Plätzen.

Die Anträge zu dem Geschäftsbericht des Vorstandes, den Parteivorstand um zwei Sekretäre zu verneuern, werden dann begründet.

Von den Mainzer Genossen ist der Antrag eingebracht worden, daß die Berichte der Vertrauenspersonen der Parteipresse beigegeben werden sollen. Jetzt würde oft von bürgerlichen Blättern eine Polemik darüber eröffnet und die Genossen der Provinz wüßten noch gar nicht, worum es sich handle. Es wird dann in

die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes und der Kontrollkommission und der dazu gestellten bereits erwähnten Anträge eingetreten.

Conrad-Rachenstahl hebt hervor, daß die Partei etwas mehr für den Westen tun müsse, denn hier in dem großen Industriegebiet würde ja die letzte Schlacht zwischen Kapital und Arbeit geschlagen werden. Er wünscht auch die Zustellung der Parteikorrektoren an alle Partei- und Genossenschaftsbeamten, dadurch würde auch das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein besseres werden. Auch sollten die Parteien, die immer gegen alle Arbeiterkandidaturen stimmen, festgenagelt werden. Besonders gilt das von der Zentrums-Partei, die immer nur dann arbeiterfreundliche Anträge macht, wenn sie bestimmt weiß, daß sie nicht Geßel werden. (Zustimmung.)

Inzwischen ist vom Genossen Scheide-Dortmund eine Resolution eingelaufen: Neben der Jenaer Massenstreikresolution auch die Berliner Gewerkschaftsresolution dem Parteitag vorzulegen.

Der Parteitag beschließt demgemäß. Reichstagsabg. Pöschel: Wir Anhalter sind als große Säuler hingestellt worden. (Sehr richtig!) Wir haben nur das getan, was wir tun durften. Sonst hätte man eben das Parteistatut anders fassen müssen. (Zustimmung und Unruhe.) Ich muß den Tadel des Genossen Gerisch zurückweisen. Was sind das für Stimmen für andere Kreise ausgegeben worden. Wir haben das nicht verlangt. (Sehr wahr!) Wir sind stolz darauf, daß wir unsere Bedürfnisse selbst gedeckt haben. Wir haben der Partei das Minimum gegeben, aber wir sorgen für die Zukunft und werden bei der Reichstagswahl 1908 von der Partei nicht brauchen. Wozu das Geld nach Berlin schicken und dann wieder zurückverlangen? (Heiterkeit.) Der Parteivorstand kennt doch unsere Bedürfnisse. Warum muß man uns Anhaltiner da hier vor dem Parteitag der Lächerlichkeit preisgeben? Dagegen protestieren wir. Wir müssen auch bekämpfen die Sorge und Angst unter den Arbeitern. Es können auch sehr viele Arbeiter, die sich als Pöschel fühlen, organisierte Genossen werden. Was Genosse Gerisch darüber gesagt hat, wird Unruhe im Saale erregen.

Groß-Stettin bringt den Wunsch der Genossen Pommerns zum Ausdruck, daß der Parteivorstand stets auf den Provinzialparteitag vertreten sein soll. Auch er tritt dafür ein, daß die sozialdemokratische Korrespondenz auch an die Gewerkschaften zur Verteilung kommt.

Scheide-Dortmund erhebt die Kontrollkommission, alle Schreiben des Genossen Siebel, der die Partei in bürgerlichen Blättern angreift, einfach in den Papierkorb zu werfen. Wir haben freilich viel Geduldi, aber wir haben in dieser Zeit auch das Mandat Néelohn den Freiwähligen abgenommen. Dann haben wir auch anlässlich der

Vorwärtsinterpellation die Achen des Abg. Juc veröffentlicht, das kostete 12 000 Mark. Bei der ersten Interpellation war die Partei im Reichstage nicht zahlreich genug vertreten. Da war ein anderes Pflichter nötig und das kostete eben 12 000 Mark (Heiterkeit). Im Ruhrgebiet kam auch die anarcho-sozialistische Bewegung in Auf und der Berliner Rauter Geßel meinte, der Genosse Bömelburg, unser Reichstagsvertreter, habe die herrliche Demonstration am 21. Januar als lächerlichen Hummel bezeichnet. Es stellte sich dann heraus, daß Bömelburg die Demonstrationen nach dem Kölner Gewerkschaftskongress gemeint hat. Solche persönliche Angriffe sollte man unterlassen.

Erbhart-Rudwigshafen: Ich weiß nicht, was unserem Finanzminister in die Krone gefahren ist, daß er uns Bayern so ansehnlich hat. (Heiterkeit.) Er weiß doch, daß Bayern gleich überm Alben liegt. (Heiterkeit.) In Jena sagte man uns bei der Beratung der Organisation, es wird nicht so schlimm sein. (Gerisch ruft: Na, na! hat Da's nicht gesagt, alter Freund? (Große Heiterkeit.) Es wird nicht immer so heiß gelacht. Man schüttet Wasser in den Wein. Man hat die Berliner so sehr gelacht. (Bebel: sehr richtig!) Geßel, sie sind von einer mustergültigen Unerschlichkeit. Dort ist aber auch das Rentamt und das bringt mancherlei Vorteile mit sich. Die bei der Provinzpresse müde geworden sind, geben nach Berlin. (Bebel ruft: Kanal.) (Zu Bebel: Du bist auch dahin gegangen, alter Freund!) Gläubige Heiterkeit. Mit ihrer großen Leistung können die Berliner mit viel größerer Zuversichtlichkeit an das Rentamt herantreten, als wir armenfellen Kessel aus der Provinz. Man hat gesagt, wir haben freien Bewußtsein. Das ist natürlich nicht richtig. Wir sind nicht der Schule Bismarck gefolgt, obgleich ich zugebe, daß Bismarck auch manchmal einen guten Gedanken hat. (Große Heiterkeit.) Unser Vorstand soll kein Rentamt sein, sondern eine wirkliche Parteileitung. Das schämte ich, daß Bebel sich nicht genug um die Parteileitung kümmert, daß er von seiner Machtstelle so wenig

Bedrückt macht. (Webel ruft: Herr, Herr!) Unser Parteitag...

Wir könnten ja aber den Rechten einfließen. Wer sollte und...

„Vormärts“ gegen die Genossen vorgeht, so erst leiblich gegen den Genossen...

„Vormärts“ gegen die Genossen vorgeht, so erst leiblich gegen den Genossen...

Den Müll-Balle verteidigt die Halleischen Genossen, die stets...

Schmidt-München: Es ist so hingestellt worden, als hätten wir...

Leinert-Hannover wendet sich dagegen, daß Genossen, die nicht...

Der Parteitag verlegt um 6 Uhr die Verhandlungen. Begrüßungs...

Singer teilt ferner mit, daß der Parteitag umzieht, da es sich...

78. Deutscher Naturforscher und Ärzte tag.

Der heutige vierte Tag der deutschen Naturforscher und Ärzte...

Der vom Schachmeister Reichardt Dr. Karl Lampe...

Es folgte dann eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden medi-

Wie wir schon berichtet haben, vereinigten sich auf dem dies-

In den einzelnen Abteilungen wurden während dieser Zeit die...

Am Nachmittag hielt die medizinische Hauptgruppe im Konzert-

Im Anschluß an diese Versammlung fand im großen Saal...

Es folgten dann wieder Vorträge. In der Sektion für Kinderheilkunde...

In der Sitzung der deutschen Gesellschaft für gerichtliche Medizin...

Am Abend empfing die Stadt Stuttgart die Ärzte im Rathaus.

Büchertisch.

Neuere Literatur eingegangener Bücher. Ausführl. Besprechungen...

* Monographien moderner Russen. Im Verlage von E. K. Schmidt...

Augen und Leberorgane bilden das fesselnde Thema einer hoch-

S. Fels Taffet-Reste 95 Pfg. Heute und morgen kommen zum Verkauf...

Clavier- u. Zither-Unterricht Friedrich Ullmeyer, Musiklehrer, S. 3, 6a.

Kohlenhandlung Lorenz Walter Ia. Ruhrkohlen...

Ehret die Frauen, (Schiller) welche Echten Ande Hofer Feigen-Kaffee...

Frachtbriefe Dr. H. Haas Buchdruckerei...

Elektrische 4 Zellen-Bäder System Dr. Schnee, Karlsbad.

Trotz erhöhter Einkaufspreise Brikets Heinrich Glock...

